UVO erfolgreich im Einsatz

[03.11.2021] Der vom Land Bremen im Rahmen der OZG-Umsetzung entwickelte digitale Antrag für Unterhaltsvorschuss oder Unterhaltsausfallleistungen ist erfolgreich in vier Pilotkommunen erprobt worden. Der flächendeckende Roll-out soll nun in kleinen Schritten passieren.

Für viele Alleinerziehende ist der Unterhaltsvorschuss eine wesentliche Säule, um die finanzielle Lebensgrundlage ihrer Kinder zu sichern. Mit dem Dienst Unterhaltsvorschuss-Online (UVO) kann die Leistung seit Anfang Mai dieses Jahres in vier Kommunen – der Stadt Bremen, dem Bezirk Wandsbek in Hamburg, dem Rhein-Kreis Neuss und der Stadt Wuppertal – digital beantragt werden (wir berichteten). Mit dem UVA wurden in den Pilotkommunen inzwischen hunderte Anträge digital eingereicht. Der Antrag auf Unterhaltsvorschuss ist eine der ersten Sozialleistungen, die nach dem Einer-für Alle-Prinzip (EfA) digitalisiert wurde. Schritt für Schritt soll nun mindestens eine UV-Stelle pro Bundesland angeschlossen werden, um so den Weg in den flächendeckenden Roll-out zu ebnen. Das berichtet die Stadt Bremen, die gemeinsam mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) beim OZG-Themenfeld Familie & Kind die Federführung hat.

Martin Hagen, Staatsrat beim Senator für Finanzen Bremen, hebt den Alltagsnutzen des Online-Antrags hervor: Nutzerinnen und Nutzer könnten diesen einfach am Smartphone oder Computer ausfüllen und müssten sich nur mit den Fragen beschäftigen, die auf ihre jeweilige Lebenssituation zutreffen. Auch für die zuständigen Stellen in der Verwaltung habe sich die Qualität der Anträge verbessert, die elektronische Eingabe sorge für Lesbarkeit und Eindeutigkeit.

Für die Kommunikation zwischen Online-Dienst und Fachverfahren verwende der Online-Antrag den nach XÖV-Methodik modellierten Standard XFamilie-Pilot. Bisher werden die Anträge verschlüsselt als PDF an die E-Mail-Postfächer der jeweils zuständigen Unterhaltsvorschussstellen geschickt. Zukünftig sollen die Daten direkt ins Fachverfahren übernommen und der Bearbeitungsaufwand in den UV-Stellen somit deutlich reduziert werden. Bundesländer und Kommunen, die Interesse an einer Nachnutzung von UVO haben, finden auf der Projekt-Website weitere Informationen, darunter eine erste Version eines Anbindungsleitfadens sowie weitere Materialen.

(sib)

Webseite des Umsetzungsprojekts UVO

Stichwörter: Fachverfahren, Sozialwesen, Onlinezugangsgesetz (OZG) Unterhaltsvorschuss, Bremen, EfA